

**Frage 10: Welchen Stellenwert besitzt für Sie das in Art 5 des Vertrages über die Europäische Union grundlegende Subsidiaritätsprinzip bei der Lösung gemeinsamer Ziele (Frieden, Schutz der Menschenwürde, Behauptung in der globalen Wirtschaft, Solidarität mit allen europäischen Bürger/innen, Bewältigung der Klimakrise)?**

**ÖVP**

Das Subsidiaritätsprinzip ist ein Schlüsselwert in unserer Politik. Es bedeutet Vorrang für Eigenverantwortung und die kleinere Einheit. Probleme sollen dort gelöst werden, wo es am sinnvollsten ist. Wir setzen uns für selbständige Länder und leistungsfähige Gemeinden ein und sehen Subsidiarität als Garant gegen zentralistische Tendenzen in der EU.

**SPÖ**

Das Subsidiaritätsprinzip ist Teil des europäischen Verfassungsrechts und soll nicht in Frage gestellt werden. Im Parlament haben beide Kammern das Recht, innerhalb von acht Wochen nach Einlangen eines Entwurfes eines neuen europäischen Rechtsaktes eine sogenannte Subsidiaritätsrüge abzugeben, wovon auch die SPÖ bei Bedenken Gebrauch gemacht hat und auch in Zukunft machen wird.

**FPÖ**

Für uns ist klar: Am Subsidiaritätsprinzip darf nicht gerüttelt werden! Unser Europa ist ein Europa der Vielfalt, d.h. ein Verbund freier Völker und selbstbestimmter Vaterländer. Das ist Grundlage unserer Europapolitik. Wir bekennen uns zu einem Europa der historisch gewachsenen Völker und autochthonen Volksgruppen und lehnen eine künstliche Gleichschaltung der vielfältigen europäischen Sprachen und Kulturen durch erzwungenen Multikulturalismus, Globalisierung und Massenzuwanderung entschieden ab. Europa ist nicht auf das politische Projekt der Europäischen Union zu reduzieren. Wir bekennen uns zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik eines solchen europäischen Staatenverbunds unter Wahrung der österreichischen Neutralität und in klarer Abgrenzung von außereuropäischen Mächten und außereuropäisch dominierten Militärbündnissen zur weltweiten Wahrung gemeinsamer europäischer Interessen.

**GRÜNE**

Die großen Herausforderungen unserer Zeit kann kein Mitgliedstaat wirksam im Alleingang bewältigen. Vor allem, wenn es um Fragen der Klimakrise, der Sicherheit, der Demokratie und des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands geht, braucht es gemeinsame Lösungen auf europäischer Ebene. Entscheidungen werden aber am besten auf der Ebene getroffen, auf der sie am effektivsten umgesetzt werden können. Um dieses Verständnis des Subsidiaritätsprinzips zu bewahren, müssen die europäischen Institutionen und die nationalen Parlamente weiterhin eng und effizient zusammenarbeiten.

## NEOS

NEOS wollen ein Europa, das souverän und handlungsfähig ist. Dafür braucht es Reformen und auch eine politische Klärung, dass man die gemeinsamen Probleme gemeinsam löst. Daher befürworten wir etwa eine deutliche Vertiefung der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine gemeinsame Stimme auf globaler Ebene und einen gemeinsamen Grenzschutz. Dazu brauchen wir eine Neuverteilung von politischen Kompetenzen zwischen den Nationalstaaten und der EU. Wir NEOS fordern daher, die EU-Verträge zu reformieren. Damit tragen wir dazu bei, dass die EU besser im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger agieren kann und Vertrauen zurückgewinnt. Denn nur, wenn die Bevölkerung gehört wird und mitbestimmen kann, wird Europa wirklich im Interesse der Menschen arbeiten. Es liegt daher an uns, das Europa von morgen zu schaffen.

## KPÖ

Wir unterstützen das Subsidiaritätsprinzip. Dabei ist für uns auch vorstellbar, dass Aufgaben von EU-Ebene zurück zu den Staaten verlagert werden, solange in der EU vor allem Profitinteressen großer Konzerne bedient werden. Wir sprechen uns für neue EU-Verträge aus, in denen der Sozial- und Umweltpolitik der Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten eingeräumt wird.